

# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 1. bis 4. Februar 2016

[29-01-2016 - 09:52]

## Plenartagung

<b>Flüchtlinge, Migration und Grenzkontrollen: Debatte zur Zukunft von Schengen</b> . . . . .	4
Die Flüchtlingskrise sowie Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Gebiets und an dessen Außengrenzen sind Themen einer Debatte am Dienstagnachmittag mit dem ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans. Die EU-Kommission hat am 27. Januar warnend darauf hingewiesen, dass Ausweiskontrollen an den Grenzen für bis zu zwei Jahre eingeführt werden könnten, wenn Griechenland „gravierende Mängel“ beim Schutz seiner EU-Außengrenze nicht beseitigt.	
<b>EU-Referendum in Großbritannien: Ein Deal auf dem nächsten EU-Gipfel?</b> . . . . .	6
Das geplante Referendum zur EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sowie die Migrationskrise stehen im Mittelpunkt einer Debatte am Mittwochmorgen zu den Themen des nächsten EU-Gipfels am 18.-19. Februar. Für die EU-Kommission nimmt Präsident Jean-Claude Juncker an der Aussprache teil, für die niederländische Ratspräsidentschaft Außenminister Bert Koenders.	
<b>Kommission will weitere Steuerschlupflöcher für Konzerne schließen</b> . . . . .	7
Am Dienstagvormittag wird der zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici die jüngsten Pläne der Kommission im Kampf gegen die Steuervermeidung vorstellen. Dazu gehört ein Richtlinienvorschlag, der zur Umsetzung des Aktionsplans der OECD gegen Steuerverkürzung und Gewinnverlagerung („Base Erosion and Profit Shifting“ – BEPS) beitragen soll.	
<b>EZB-Jahresbericht: Plenardebatte mit Mario Draghi</b> . . . . .	8
Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi wird in Straßburg am Montagnachmittag während einer Plenardebatte den EZB-Jahresbericht 2014 verteidigen.	
<b>TiSA-Abkommen: Parlament legt Position zum Handel mit Dienstleistungen fest</b>	9
Die Verhandlungen zum Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) müssen mehr Gelegenheiten für EU-Unternehmen bringen, Dienstleistungen in Drittländern, zum Beispiel in den Bereichen Telekommunikation und Verkehr, anzubieten. Gleichzeitig sollten öffentliche und audiovisuelle Dienstleistungen nicht dem Wettbewerb geöffnet werden. So steht es in den Empfehlungen für das TiSA-Verhandlungsteam der EU-Kommission, die am Montag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung stehen.	
<b>Parlament könnte Kommissionsvorschlag für großzügigere Abgastests ablehnen</b> . . . . .	10
Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über einen Kommissionsvorschlag ab, eine Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte von Dieselfahrzeugen von bis zu 110% zu erlauben, wenn die Abgastests unter realen Fahrbedingungen ("Real Driving Emission Tests") eingeführt werden. Laut Umweltausschuss des Parlaments untergräbt dies die Durchsetzung der existierenden EU-Umweltstandards. Das Plenum solle deshalb den Vorschlag ablehnen. Die Debatte hat bereits während der Plenarsitzung im Januar stattgefunden.	
<b>Handelspolitik: Soll die EU China als Marktwirtschaft anerkennen?</b> . . . . .	11
Montagnachmittag debattiert das Parlament, ob die EU China als Marktwirtschaft betrachten soll oder nicht. An der Aussprache wird die zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström teilnehmen. Die Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel fordern eine gemeinsame EU-Strategie hinsichtlich der Entscheidung über Chinas Marktwirtschaftsstatus, und dass die Kommission im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der EU sowie in enger Zusammenarbeit mit Rat und Parlament handelt.	
	13



# Plenartagung

## Drei-Milliarden-Euro-Fonds für syrische Flüchtlinge in der Türkei: offene Fragen

Am Dienstag werden die Abgeordneten die Kommission zum vorgeschlagenen Unterstützungsfonds für syrische Flüchtlinge in der Türkei befragen, der aus den Haushalten der EU und der Mitgliedstaaten finanziert werden soll. Sie werden sich voraussichtlich erkundigen, wo genau die Mittel im EU-Haushalt eingestellt werden sollen, welche Beträge die EU-Länder bereits zugesagt haben und wie die Kommission sicherstellen will, dass die Hilfe wirksam für die Bedürfnisse der Flüchtlinge eingesetzt wird.

## Parlament fordert null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen . . . . . 14

Nach den Angriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderswo in der EU werden die Abgeordneten das Problem sexueller Belästigung und Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum in einer Debatte am Dienstag erörtern. Vertreter von Rat und Kommission nehmen teil und sollen sich dazu äußern, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt zu ergreifen beabsichtigen.

## EU-Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit . . . . . 16

Pläne zur Einrichtung einer „Europäischen Plattform“ zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit stehen am Dienstag zur Debatte und zur Abstimmung. Mit der Plattform soll der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der nationalen Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verbessert werden, um ein Problem in den Griff zu bekommen, dass die EU-Wirtschaft schädigt und den Arbeitsmarkt verzerrt.

## Hormonstörende Stoffe: Debatte über zögernde Haltung der EU-Kommission . . 17

Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten mit dem zuständigen EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis über die beste Methode, die Belastung durch „endokrine Disruptoren“ zu verringern. Diese hormonstörenden Chemikalien können unter anderem Erkrankungen wie Krebs auslösen. Der Europäische Gerichtshof hat vor kurzem geurteilt, dass die Kommission EU-Recht verletzt hat, weil sie es unterlassen hat, wissenschaftliche Kriterien zur Definition solcher Stoffe zu veröffentlichen.

## Parlament verlangt Sofortmaßnahmen zum Schutz von Minderheiten vor dem IS 18

Das Parlament wird die EU-Kommission dazu drängen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um gegen den systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS im Irak und in Syrien vorzugehen. So steht es in einer Entschließung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht, und die den Schlusspunkt der Debatte zu diesem Thema mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vom 20. Januar bildet.

## Reformfortschritte in Serbien und im Kosovo . . . . . 19

Am Mittwoch wird das Parlament über die Reformbemühungen Serbiens und des Kosovo im vergangenen Jahr mit dem zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn debattieren. Die Abgeordneten werden voraussichtlich die Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo begrüßen und unterstreichen, dass die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Länder diesen Prozess zusätzlich fördern würde.

## Weitere Themen auf der Tagesordnung . . . . . 20

Weitere Tagesordnungspunkte

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

# Plenartagung

## Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)

# Plenartagung

## Flüchtlinge, Migration und Grenzkontrollen: Debatte zur Zukunft von Schengen

Die Flüchtlingskrise sowie Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Gebiets und an dessen Außengrenzen sind Themen einer Debatte am Dienstagnachmittag mit dem ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans. Die EU-Kommission hat am 27. Januar warnend darauf hingewiesen, dass Ausweiskontrollen an den Grenzen für bis zu zwei Jahre eingeführt werden könnten, wenn Griechenland „gravierende Mängel“ beim Schutz seiner EU-Außengrenze nicht beseitigt.

Der [Schengener Grenzkodex](#), der die Regeln für das Schengen-Gebiet enthält, verpflichtet die EU-Kommission und die betroffenen Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament sowie den Rat der EU sobald wie möglich zu informieren, falls Gründe für eine befristete Wiedereinführung von Grenzkontrollen bestehen.

Die Abgeordneten werden auch über den universellen Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen diskutieren.

### **Hintergrundinformationen**

*Gegenwärtig umfasst der SchengenRaum 26 europäische Staaten (davon 22 EUMitgliedstaaten): Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.*

*Bulgarien, Irland, Kroatien, Rumänien, das Vereinigte König-reich und Zypern sind EUMitgliedstaaten, die nicht – oder noch nicht – dem SchengenRaum angehören.*

*Infolge der angestiegenen Flüchtlingsströme haben verschiedene Länder in den vergangenen Monaten befristete Grenzkontrollen wiedereingeführt: Österreich, Frankreich, Dänemark, Deutschland, Norwegen und Schweden.*

*Der Grenzkodex hält fest, dass Grenzkontrollen „aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit“ für zehn Tage wiedereingeführt werden können. Die Kontrollen können für Zeiträume von 30 Tagen aufrechterhalten werden, höchstens sechs Monate lang. Bei „außergewöhnlichen Umständen“ können sie beibehalten werden, aber nicht länger als zwei Jahre.*

*Debatte: Dienstag, den 2. Februar*

*Verfahren: Erklärung von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

**#migration #Schengen #refugees**

# Plenartagung

## Weitere Informationen

- [Schengener Grenzkodex](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 1051/2013](#) zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen
- [Pressemitteilung der EU-Kommission – „Schengen-Evaluierung: Kommission erörtert Berichtsentwurf zu Griechenland“ \(27.01.2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Der Schengen-Raum und die Visumpolitik der EU](#)

# Plenartagung

## EU-Referendum in Großbritannien: Ein Deal auf dem nächsten EU-Gipfel?

Das geplante Referendum zur EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sowie die Migrationskrise stehen im Mittelpunkt einer Debatte am Mittwochmorgen zu den Themen des nächsten EU-Gipfels am 18.-19. Februar. Für die EU-Kommission nimmt Präsident Jean-Claude Juncker an der Aussprache teil, für die niederländische Ratspräsidentschaft Außenminister Bert Koenders.

Nachdem der Europäische Rat auf seiner Tagung im Dezember 2015 einen politischen Gedankenaustausch über die Pläne des Vereinigten Königreichs für ein Referendum über den Verbleib in bzw. den Austritt aus der Europäischen Union geführt hat, sollte er sich nun auf für alle Seiten zufriedenstellende Lösungen in allen Bereichen verständigen. So sieht es zumindest die Tagesordnung für den nächsten EU-Gipfel vor.

*Debatte: Mittwoch, den 3. Februar*

*Verfahren: Erklärung von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

*#EU2016NL #euco #EURef #UKRef*

### Weitere Informationen

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Tagesordnung: Tagung des Europäischen Rates \(18./19. Februar 2016\)](#)
- [Webseite der niederländischen Ratspräsidentschaft](#)

# Plenartagung

## Kommission will weitere Steuerschlupflöcher für Konzerne schließen

Am Dienstagvormittag wird der zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici die jüngsten Pläne der Kommission im Kampf gegen die Steuervermeidung vorstellen. Dazu gehört ein Richtlinienvorschlag, der zur Umsetzung des Aktionsplans der OECD gegen Steuerverkürzung und Gewinnverlagerung („Base Erosion and Profit Shifting“ – BEPS) beitragen soll.

In einer [Anhörung](#) im Parlament am 12. Januar hatte Moscovici angekündigt, er werde am Monatsende ein „ehrgeiziges Paket gegen die Steuervermeidung“ vorstellen. Gleichzeitig warnte er die Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuerabsprachen, dass es für den Rat der EU schwierig werden würde, sich auf ehrgeizige Maßnahmen zu einigen, da die Entscheidungen im Steuerbereich einstimmig beschlossen werden müssen, und einige Mitgliedstaaten Widerspruch einlegen könnten.

Das Parlament hat seine Empfehlungen in Form einer Entschließung der Berichterstatter [Anneliese Dodds](#) (S&D, UK) und [Luděk Niedermayer](#) (EVP, CZ) am 16. Dezember 2015 verabschiedet.

*Debatte: Dienstag, den 2. Februar*

*Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte*

***#luxleaks #TaxTransparency***

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung: „Empfehlungen zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung und Steuervermeidung“ \(16.12.2015\)](#)
- [Weitere Pressemitteilungen zum Thema Körperschaftssteuer](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenartagung

## EZB-Jahresbericht: Plenardebatte mit Mario Draghi

**Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi wird in Straßburg am Montagnachmittag während einer Plenardebatte den EZB-Jahresbericht 2014 verteidigen.**

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß nach der „geringen Auswirkung“ – und der Risiken – des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten fragen, auch bekannt als quantitative Lockerung („quantitative easing“), das bisher nicht zur beabsichtigten Senkung der Inflationsrate auf unter 2% oder zu einer Verringerung des Missverhältnisses bei der Vergabe von Darlehen an KMU einerseits und an größere Unternehmen andererseits geführt hat. Sie werden zur Umsicht auffordern und unterstreichen, dass Währungspolitik weder steuerliche und wirtschaftliche Probleme lösen noch die notwendigen Strukturreformen ersetzen kann.

In einer Entschließung des Wirtschafts- und Währungsausschusses zum EZB-Jahresbericht 2014 forderten die Abgeordneten eine „gründliche Bewertung“ der Rolle der EZB in der „Troika“ aus EZB, IWF und EU-Kommission sowie die Klärung des Zuständigkeitsbereichs der Bank in Bezug auf die Verabschiedung und Umsetzung von Rettungsprogrammen wie zum Beispiel das griechische. Sie heben hervor, dass die Rollen der EZB als Bankenaufsicht einerseits und währungspolitischer Akteur andererseits klar getrennt sein müssen, und dass die neuen Aufgaben als Aufsichtsbehörde der demokratischen Rechenschaftspflicht unterliegen.

*Debatte: Montag, den 1. Februar*

***Abstimmung: Februar II***

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*#ECB #Draghi*

### Weitere Informationen

- [Berichterstatter Notis Marias \(EKR, EL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)



# Plenartagung

## TiSA-Abkommen: Parlament legt Position zum Handel mit Dienstleistungen fest

Die Verhandlungen zum Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) müssen mehr Gelegenheiten für EU-Unternehmen bringen, Dienstleistungen in Drittländern, zum Beispiel in den Bereichen Telekommunikation und Verkehr, anzubieten. Gleichzeitig sollten öffentliche und audiovisuelle Dienstleistungen nicht dem Wettbewerb geöffnet werden. So steht es in den Empfehlungen für das TiSA-Verhandlungsteam der EU-Kommission, die am Montag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung stehen.

In den Empfehlungen für die Kommission, die für die EU am Verhandlungstisch sitzt, unterstreichen die Abgeordneten, dass das geplante TiSA-Abkommen die EU-Länder nicht daran hindern darf, im öffentlichen Interesse Gesetze zu verabschieden, insbesondere in den Bereichen Arbeitsrecht und Datenschutz. In dem Entschließungsentwurf, für den Viviane Reding (EVP, LU) verantwortlich zeichnet, wird auch wiederholt darauf hingewiesen, dass das Parlament dem Abkommen nach Abschluss der Verhandlungen zustimmen muss, bevor es in Kraft treten kann.

*Debatte: Montag, den 1. Februar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 3. Februar*

**Verfahren: Nichtlegislative Entschließung**

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 3. Februar, 14:30 Uhr*

#TISA

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf zu TiSA](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(„TiSA-Verhandlungen: Marktöffner für EU-Firmen, Sicherheitnetz für EU-Bürger“\), 18.01.2016](#)
- [Berichterstatteerin Viviane Reding \(EVP, LU\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Fragen und Antworten zu TiSA \(Webseite der EU-Kommission\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „The Trade in Services Agreement \(TISA\): An end to negotiations in sight?“ \(auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Parlament könnte Kommissionsvorschlag für großzügigere Abgastests ablehnen

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über einen Kommissionsvorschlag ab, eine Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte von Dieselfahrzeugen von bis zu 110% zu erlauben, wenn die Abgastests unter realen Fahrbedingungen ("Real Driving Emission Tests") eingeführt werden. Laut Umweltausschuss des Parlaments untergräbt dies die Durchsetzung der existierenden EU-Umweltstandards. Das Plenum solle deshalb den Vorschlag ablehnen. Die Debatte hat bereits während der Plenarsitzung im Januar stattgefunden.

Als Konsequenz aus den manipulierten Abgaswerten bei Volkswagen hat indessen die EU-Kommission ein neues Gesetz zur Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen vorgeschlagen. Sie reagierte mit diesen Vorschlägen auf entsprechende Forderungen des Parlaments. Dieses hatte zudem einen [Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal](#) mit 45 Mitgliedern eingerichtet.

### RDE-Testverfahren: Abgastests unter realen Fahrbedingungen

Als Teil des Maßnahmenpakets für das langerwartete RDE-Testverfahren, das am 28. Oktober vom zuständigen technischen Ausschuss „Kraftfahrzeuge“ (TCMV), verabschiedet wurde, hatte die EU-Kommission die Anhebung der NOx-Grenzwerte um 110% für neue Fahrzeugmodelle ab September 2017 vorgeschlagen, und für Neufahrzeuge ab September 2019. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen.

In einem zweiten Schritt wird dieser Unterschied unter Berücksichtigung technischer Toleranzen bei allen neuen Modellen bis Januar 2020 (und bei allen Neufahrzeugen bis Januar 2021) auf einen Faktor von 1,5 (50%) verringert.

Das RDE-Verfahren soll die Abgastests realistischer gestalten, indem die Schadstoffemissionen mit transportablen Emissionsmesseinrichtungen (portable emission measuring systems, PEMS), die am Fahrzeug befestigt werden, gemessen werden sollen. Die bisher angewandten Laborverfahren haben Manipulationen ermöglicht, wodurch die Autohersteller ihre Fahrzeuge als umweltfreundlicher anpreisen konnten, als sie es in Wirklichkeit waren.

*Debatte: Montag, den 18. Januar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 3. Februar*

*Verfahren: Legislative EntschlieÙung (Einspruch gegen einen delegierten Rechtsakt)*

*#RDE #CarEmissions #NOx #emissions #vehicles*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(14.12.2015, auf Englisch\)](#)
- [Hintergrundinformationen der EU-Kommission](#)

# Plenartagung

## Handelspolitik: Soll die EU China als Marktwirtschaft anerkennen?

Montagnachmittag debattiert das Parlament, ob die EU China als Marktwirtschaft betrachten soll oder nicht. An der Aussprache wird die zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström teilnehmen. Die Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel fordern eine gemeinsame EU-Strategie hinsichtlich der Entscheidung über Chinas Marktwirtschaftsstatus, und dass die Kommission im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der EU sowie in enger Zusammenarbeit mit Rat und Parlament handelt.

Das Parlament muss in dieser Frage noch angehört werden. Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß fragen, wie die Kommission mit dem Parlament in dieser Hinsicht zusammenarbeiten will, und wie sie in Bezug auf die Frage von Chinas Marktwirtschaftsstatus vorzugehen gedenkt. Auch die Auswirkungen auf den EU-Arbeitsmarkt, insbesondere auf die Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie der EU, werden voraussichtlich zur Sprache kommen.

### Hintergrundinformationen

*Als China 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) beigetreten ist, war allgemein anerkannt, dass das Land den Übergang zu einer Marktwirtschaft noch nicht abgeschlossen hatte. Daher ging China eine Reihe von Verpflichtungen ein, damit es sich zu einer Marktwirtschaft entwickelt, und in Chinas Beitrittsprotokoll wurde anderen WTO-Mitgliedern zugestanden, die Methoden für Länder ohne Marktwirtschaft solange auf Einfuhren aus China anzuwenden, bis der Übergang zu einer Marktwirtschaft vollständig abgeschlossen ist. In der Regel bedeutete das die Anwendung höherer Antidumpingzölle.*

*China wurde beim Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2001 zugesichert, spätestens nach Ablauf weiterer 15 Jahre als Marktwirtschaft anerkannt zu werden. Die chinesische Regierung leitet daraus ab, dass sie den Status Ende dieses Jahres automatisch erhält. Dies ist allerdings politisch und juristisch umstritten. Trotzdem haben einige WTO-Mitglieder wie zum Beispiel Australien China bereits offiziell als Marktwirtschaft anerkannt.*

*Die EU hat fünf technische Kriterien für die Definition einer Marktwirtschaft formuliert, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfüllt China nur eines dieser Kriterien. Chinas Anteil an allen Ausfuhrländern, die Gegenstand von Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen der EU sind, beträgt etwa 80%.*

*Debatte: Montag, den 1. Februar*

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission*

*#EU #China #market*

### Weitere Informationen

- [Text der parlamentarischen Anfrage](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(18.01.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller Bernd Lange \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "One Year to Go: The Debate over China's Market Economy Status \(MES\) Heats Up" \(auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

- EP-Hintergrundinformationen: "Granting Market Economy Status to China: An analysis of WTO law and of selected WTO members' policy"

# Plenartagung

## Drei-Milliarden-Euro-Fonds für syrische Flüchtlinge in der Türkei: offene Fragen

Am Dienstag werden die Abgeordneten die Kommission zum vorgeschlagenen Unterstützungsfonds für syrische Flüchtlinge in der Türkei befragen, der aus den Haushalten der EU und der Mitgliedstaaten finanziert werden soll. Sie werden sich voraussichtlich erkundigen, wo genau die Mittel im EU-Haushalt eingestellt werden sollen, welche Beträge die EU-Länder bereits zugesagt haben und wie die Kommission sicherstellen will, dass die Hilfe wirksam für die Bedürfnisse der Flüchtlinge eingesetzt wird.

Die EU-Kommission hat am 24. November 2015 die Flüchtlingsfazilität für die Türkei ins Leben gerufen, einen Koordinationsmechanismus zur Unterstützung der Türkei bei der Bewältigung der Folgen des Flüchtlingszustroms sowohl für die Flüchtlinge als auch für das Aufnahmeland Türkei. Für diesen Fonds sollen 500 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt kommen und 2,5 Milliarden Euro von den Mitgliedstaaten eingestellt werden. Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß die Kommission auffordern, diese Aufteilung zu bestätigen.

### Delegationsreise in die Türkei: Abgeordnete begutachten Flüchtlingssituation vor Ort

Delegationen des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres werden vom 8.-11. Februar in die Türkei reisen, um vor Ort die Situation der Flüchtlinge zu begutachten. Die beiden Leiter der Delegationen sind Jean Arthuis (ALDE, FR), Vorsitzender des Haushaltsausschusses, und Sylvie Guillaume, (S&D, FR), Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten. Die Abgeordneten werden die Zusammenarbeit zwischen EU und Türkei im Hinblick auf die Flüchtlingskrise begutachten. In Ankara werden sie mit zuständigen Ministern und mit Vertretern des türkischen Parlaments und der Zivilgesellschaft zusammentreffen

*Debatte: Dienstag, den 2. Februar*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

**#refugeecrisis #migrationEU #EUfunds #Turkey**

### Weitere Informationen

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission: "Finanzierung, Haushaltsvorkehrungen und Verwaltung der Flüchtlingsfazilität für die Türkei"](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Pressemitteilung der Kommission: "Zusammenarbeit EU-Türkei - Flüchtlingsfazilität für die Türkei in Höhe von 3 Mrd. EUR"](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Turkey and Syria: A struggle on two fronts" \(auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Parlament fordert null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen

Nach den Angriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderswo in der EU werden die Abgeordneten das Problem sexueller Belästigung und Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum in einer Debatte am Dienstag erörtern. Vertreter von Rat und Kommission nehmen teil und sollen sich dazu äußern, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt zu ergreifen beabsichtigen.

In einer am Mittwoch zur Abstimmung stehenden Entschließung werden die Abgeordneten die EU-Kommission dazu drängen, eine „neue Strategie für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter nach 2015“ vorzulegen.

Die Abgeordneten werden voraussichtlich ihre schon 2014 erhobene Forderung nach einer Richtlinie zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen wiederholen. Sie beklagen, dass bisher dabei wenige Fortschritte erzielt wurden und rufen die Mitgliedstaaten dazu auf, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ([Übereinkommen von Istanbul](#)) so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Sechzehn der 28 EU-Länder haben diesen Schritt noch nicht getan.

In einer [Entschließung vom 9. Juni 2015](#) hat das Parlament eine EU-Strategie für Frauenrechte und zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa gefordert. Bisher hat die EU-Kommission lediglich ein Arbeitspapier herausgegeben.

### **Hintergrundinformationen**

*Im Februar 2014 hatte das Parlament in einer legislativen Entschließung die Kommission aufgefordert, noch vor Jahresende ein Gesetz mit rechtsverbindlichen Instrumenten zum Schutz der Frauen vor Gewalt vorzulegen.*

*Im Mai 2014 hat die vorherige Kommission auf Anfrage des Parlaments geantwortet, dass sie es nicht für angebracht hält, einen Gesetzesvorschlag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorzulegen.*

*Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2014 der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) sind ein Drittel aller Frauen in der EU ab einem Alter von 15 Jahren - ungefähr 62 Millionen - Opfer physischer und/oder sexueller Gewalt geworden.*

*Debatte: Dienstag, den 2. und Mittwoch, den 3. Februar*

*Abstimmung: Mittwoch, den 3. Februar*

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission (mit Entschließung); Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

*#harassment #violenceagainstwomen #womensrights*

### **Weitere Informationen**

- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 2015 zu der Strategie der EU für die Gleichstellung von Frauen und Männern nach 2015](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Februar 2014 mit Empfehlungen an die Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen](#)

# Plenartagung

- Umfrage der Agentur der EU für Grundrechte: “Violence against women: an EU-wide survey” (auf Englisch)
- EP-Hintergrundinformationen: Gewalt gegen Frauen in der EU - Sachstand
- Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Übereinkommen von Istanbul)
- Unterschriften und Ratifikationsstand des Vertrags 210 - Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

# Plenartagung

## EU-Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit

Pläne zur Einrichtung einer „Europäischen Plattform“ zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit stehen am Dienstag zur Debatte und zur Abstimmung. Mit der Plattform soll der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der nationalen Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verbessert werden, um ein Problem in den Griff zu bekommen, dass die EU-Wirtschaft schädigt und den Arbeitsmarkt verzerrt.

Die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit ist von beträchtlichem Ausmaß und entspricht über 18 % des BIP der Union.

Schwarzarbeit ist jedwede Art von bezahlter Tätigkeit, die ihrer Natur nach rechtmäßig ist, den staatlichen Stellen aber nicht gemeldet wird. Die geplante Plattform soll die Förderung praktischer, wirksamer und effizienter grenzüberschreitender operativer Maßnahmen zum Ziel haben sowie die Entwicklung eines verlässlichen, wirksamen und schnellen Systems des Informationsaustauschs zwischen nationalen Behörden.

Sie soll jedoch nicht in die nationalen Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit eingreifen, und jegliche Harmonisierung der nationalen Gesetze und Rechtsvorschriften ist ebenfalls ausgeschlossen, denn die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit unterscheidet sich von Land zu Land, je nach wirtschaftlichen, administrativen, finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen.

*Debatte: Dienstag, den 2. Februar*

*Abstimmung: Dienstag, den 2. Februar*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

**#undeclaredwork #employment #undeclared**

### Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit](#)
- [Berichtersteller Georgi Pirinski \(S&D, BG\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Eurofound-Studie: "Tackling undeclared work in the EU27 member states \(2013\)" \(auf Englisch\)](#)



# Plenartagung

## Hormonstörende Stoffe: Debatte über zögernde Haltung der EU-Kommission

Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten mit dem zuständigen EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis über die beste Methode, die Belastung durch „endokrine Disruptoren“ zu verringern. Diese hormonstörenden Chemikalien können unter anderem Erkrankungen wie Krebs auslösen. Der Europäische Gerichtshof hat vor kurzem geurteilt, dass die Kommission EU-Recht verletzt hat, weil sie es unterlassen hat, wissenschaftliche Kriterien zur Definition solcher Stoffe zu veröffentlichen.

Ein solcher Kriterienkatalog wäre ein erster Schritt, die Belastung durch solche Chemikalien zu verringern. Die Abgeordneten haben die EU wiederholt aufgefordert, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

In einer [im März 2013 angenommenen Entschließung](#) haben die Abgeordneten die EU aufgefordert, für eine Verringerung der Exposition gegenüber hormonstörenden Stoffen zu sorgen. Endokrine Disruptoren kommen in alltäglichen Produkten wie Lebensmittelverpackungen oder Kosmetika vor und sind mit Fruchtbarkeitsstörungen und einer Reihe von Krankheiten in Verbindung gebracht worden.

*Debatte: Dienstag, den 2. Februar*

*Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte*

*#endocrinedisruptors #endocrine #health*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung: "Abgeordnete wollen hartes Vorgehen gegen hormonstörende Stoffe" \(14.03.2013\)](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2013 zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor endokrinen Disruptoren](#)

# Plenartagung

## Parlament verlangt Sofortmaßnahmen zum Schutz von Minderheiten vor dem IS

Das Parlament wird die EU-Kommission dazu drängen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um gegen den systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS im Irak und in Syrien vorzugehen. So steht es in einer EntschlieÙung, die am Donnerstag zur Abstimmung steht, und die den Schlusspunkt der Debatte zu diesem Thema mit der EU-AuÙenbeauftragten Federica Mogherini vom 20. Januar bildet.

Während der Debatte am 20. Januar haben viele Abgeordnete Maßnahmen zum Schutz aller religiösen Gruppen und Minderheiten vor Angriffen durch den IS gefordert.

In der EntschlieÙung wird das Parlament voraussichtlich zudem die EU auffordern, die Gräueltaten des IS gegen religiöse Minderheiten als Völkermord anzuerkennen.

### **Hintergrundinformationen**

*Der IS hat systematische und weit verbreitete Gewalttaten und Verletzungen der Menschenrechte sowie des humanitären Völkerrechts gegen Minderheitengruppen begangen, darunter Christen und Jesiden im Irak und in Syrien. Laut UNO könnten diese Handlungen „teilweise als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewertet werden.*

*Debatte: Mittwoch, den 20. Januar*

**Abstimmung: Donnerstag, den 4. Februar**

**Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung**

*#ISIS #Iraq #Syria*

### **Weitere Informationen**

- [Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS \(Video der Plenardebatte\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

# Plenartagung

## Reformfortschritte in Serbien und im Kosovo

**Am Mittwoch wird das Parlament über die Reformbemühungen Serbiens und des Kosovo im vergangenen Jahr mit dem zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn debattieren. Die Abgeordneten werden voraussichtlich die Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo begrüßen und unterstreichen, dass die die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Länder diesen Prozess zusätzlich fördern würde.**

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß auch auf alle Bereiche hinweisen, in denen die Reformen bisher wenige Ergebnisse gebracht haben, wie bei der Rechtsstaatlichkeit, der freien Meinungsäußerung und der Korruptionsbekämpfung.

Am Donnerstag stimmt das Parlament über die zwei separaten Entschlüsse ab.

*Debatte: Mittwoch, den 3. Februar*

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. Februar*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte (mit Entschluß)*

*#Kosovo #Serbia #Serbien*

### Weitere Informationen

- [Berichtersteller \(Serbien\), David McAllister \(EVP, DE\)](#)
- [Berichterstellerin \(Kosovo\), Ulrike Lunacek \(Grüne, AT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Serbien\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Kosovo\)](#)

# Plenartagung

## Weitere Themen auf der Tagesordnung

### Weitere Tagesordnungspunkte

- Inselregionen - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte und Abstimmung Donnerstag*

- Humanitäre Lage in Jemen – *Entschließungsanträge, Abstimmung Donnerstag*

- Lage in Venezuela, Libyen, Haiti - *Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Mittwoch*

### *Sicherheitspolitik*

- 3 Einsprüche gegen glyphosat-resistente GVOs, *AbstimmungMittwoch*

- Ansprache des Präsidenten Nigerias Muhammadu Buhari, *Mittwoch*

- Ansprache des estnischen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves, *Dienstag*

- Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren - *Erklärung der Kommission, Debatte Donnerstag*

- Eisenbahninfrastruktur und öffentliche Dienstleistungen in den Makroregionen Donau und Adria - *Erklärung*

*der Kommission, Debatte Donnerstag*